

Stefan Goch ■

Das Ruhrgebiet – Die Entstehung einer Region?

„Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Deutschland“ hieß der Slogan einer Imagekampagne für das Ruhrgebiet, während man auf der anderen Seite seit 40 Jahren immer wieder von neuen Krisen in diesem Ballungsraum hört. Gegenwärtig heißt es: „Der Pott kocht“. Starkes Stück, High Tech, gelungener Strukturwandel, brodelnde Stadtlandschaft oder schwarze Fahnen an der Ruhr, autobahnblockierende Stahlarbeiter, protestierende Bergarbeiter, vergammelnde Industriekulissen – was ist los in dieser Gegend?

Das Bild, das der unbefangene Betrachter vom Ruhrgebiet gewinnen kann, ist widersprüchlich: Trotz der schwarzen Fahnen an der Ruhr der 1960er Jahre und sich mit jeder größeren Betriebsschließung wiederholenden Protestaktionen vollzieht sich „tief im Westen“, „wo die Sonne verstaubt“ (Herbert Grönemeyer, Bochum), relativ friedlich ein einschneidender Strukturwandel. Im ehemaligen „Wilden Westen“ ist eine der dichtesten Hochschullandschaften entstanden, wo früher nur wenige Gymnasien zu finden waren. An die Stelle von Zechen und Stahlwerken sind die verspiegelten Fassaden von High-Tech-Betrieben und Dienstleistern getreten. Da besteht eine außerordentlich breite Kulturszene mit Dutzenden von Theatern, Museen und anderen Kultureinrichtungen. Und in dieser Gegend, wo trotz Zechenschließungen angeblich immer noch Briketts tieffliegen, leben die Einheimischen sogar sehr gerne, weil sie es dort „viel besser, als man glaubt“ (Herbert Grönemeyer, Bochum) finden. Inzwischen gibt es sogar schon eine Reihe von Reise Führern über den Ballungsraum, der doch, wie viele Menschen außerhalb der Region immer noch annehmen, außer Ruß, Maloche und niedergehenden Montanstrukturen wenig zu bieten hat.

Konstruktion einer Region

Regionen als räumliche Einheiten werden praktisch durch Ähnlichkeiten im Raum bzw. räumliche Homogenitäten konstruiert, wobei zwischen verschiedenen Wissenschaften unterschiedliche Auswahlverfahren von Strukturmerkmalen die konkreten Konstruktionen von Regionen bestimmen. Gemeinhin werden dabei administrative oder rechtliche Merkmale (Grenzen), (sozio)ökonomische Strukturen und/oder historische oder kulturelle

Eigenarten berücksichtigt. Vergleichbar erfolgt die Konstruktion von Regionen durch eine Berücksichtigung funktionaler Zusammenhänge zwischen Teilräumen bzw. räumlichen Einheiten. Region kann also als „eine gewachsene historische Einheit“ betrachtet werden, in der ethnische, kulturelle, historische, politische und lebensgeschichtliche Gemeinsamkeiten vorhanden und wirksam sind. Das Selbstverständnis von Menschen, zu einem spezifischen Raum hinzuzugehören, bestimmt dabei auch die regionale Differenzierung des Gesamtgebietes mit (Brunn 1996, 11). Wenn es darum geht, „das Besondere“ und „das Charakteristische“ des Ruhrgebiets auszumachen, muß das Ruhrgebiet als so beschriebene Region in den Blick genommen werden.

Da das Ruhrgebiet weder eine historische noch eine naturgeographische Einheit ist (Blotevogel 1999), ist dann die beste Antwort auf die Frage, wo denn genau das Ruhrgebiet liegt: Ruhrgebiet ist dort, wo man sich als Ruhrgebietler fühlt (Petzina 1993). Angesichts einer Vielzahl sich widersprechender theoretischer Zugänge zu dieser Aussage und auch deren unklarer Operationalisierung sollen im folgenden drei Aspekte der Regionsbildung untersucht werden:

- die Prozesse administrativer Regionsbildung, denen im allgemeinen eine eminente Bedeutung für regionale Bezüge zugeschrieben wird,
- die Herausbildung einer eigenständigen Regionalkultur als Voraussetzung für das Begreifen individuellen Schicksals als eines kollektiv-regionalen, und
- die Wirksamkeit wichtiger Promotoren eines Ruhrgebietsbewußtseins, aber auch die Bedeutung konkurrierender Angebote raumbezogener Zuordnungen.

Zentrales Element all dieser Aspekte einer Zugehörigkeit zu einer Region „Ruhrgebiet“ ist der Bezug auf dessen schwerindustrielle Prägung bzw. Vergangenheit, im engeren Sinne dessen langfristige Prägung durch den Bergbau. Obwohl der montanindustrielle Komplex weitgehend verschwunden ist und schon 1989 nur mehr 5,1 % aller Erwerbstätigen des Ruhrgebiets im Bergbau arbeiteten, „existiert der Mythos des Bergmanns in der gesamten Region von Duisburg bis Hamm“ (Petzina 1993, 45). Trotz aller intraregionalen Differenzierungen ist Aufstieg und Niedergang der Montanindustrie wesentlicher strukturbestimmender Faktor der Region, auch wenn diese Prozesse lokal unterschiedlich oder zeitversetzt stattfanden. Aber nicht nur ein Selbstbewußtsein als Ruhrgebietler, sondern auch die Charakterisierung als altindustrielle Region und die Zuschreibung einer regionalen (politischen) Kultur von außen läßt das Ruhrgebiet zur erkennbaren Region werden (Blotevogel 1993, 47).

Kommunalverband Ruhrgebiet

Da nun eine Region exakter beschrieben werden muß, um überhaupt persönliche Bezüge dazu formulieren zu können, umschreibt man das Ruhrgebiet üblicherweise mit den administrativen Grenzen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR), des Nachfolgers des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR), der seit 1920 regionale Politik im Ruhrgebiet mitgestaltet und begleitet hat.

In der Kommunalverwaltung wurde schon vor dem Ersten Weltkrieg angesichts erheblicher Folgeprobleme der ungeplanten Industrieansiedlung und Städtebildung im Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß der Gedanke einer ruhrgebietsweiten, übergemeindlichen und notwendigerweise auch provinzübergreifenden Planung entwickelt. Vor allem schien die Ausweisung von Industrie-, Siedlungs- und Grün- und Erholungsflächen, also eine funktionsräumliche Gliederung der Städte wie der Gesamtregion, eine Erhaltung von Freiflächen und eine übergemeindliche Verkehrsplanung geboten. 1910 entstand auf eine Initiative des Regierungspräsidenten in Düsseldorf anläßlich einer Städtebauausstellung eine Grünflächenkommission, die schon die Merkmale eines gemeinschaftlich planenden Kommunalverbandes aufwies.

Nach dem Ersten Weltkrieg war dann aber der eigentliche Anlaß für die Gründung des „Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk“ (SVR) durch Gesetz vom 5. Mai 1920 unter Leitung Robert Schmidts die angesichts der Reparationsforderungen und den sich daraus ergebenden Kohlelieferungen gesehene Notwendigkeit der Anwerbung von Bergleuten und ihrer Familien im Ruhrgebiet. Die Ansiedlung von vermutlich 150.000 Bergarbeitern bzw. 600.000 Menschen machte nach damaliger Auffassung die Bildung des Siedlungsverbandes, der diesen Gründungsursachen seinen Namen verdankt, notwendig, während die eigentlichen Initiatoren der Bildung eines überkommunalen Zweckverbandes (neben Robert Schmidt der Essener Oberbürgermeister Hans Luther) weitergehende raumplanerische Ziele verfolgten und mit dem Begriff der Siedlung überkommunale und regionale Flächenplanung verbanden (Hoffacker 1989, Benedict 2000, 28 ff.).

Im Bereich der Selbstverwaltungsangelegenheiten erhielt der Siedlungsverband Aufgaben der gemeindlichen Fluchtlinien- und Bebauungsplanung, der Festsetzung der regionalen Verkehrs- und der Grünflächenplanung und im Bereich der staatlichen Auftragsverwaltung Aufgaben bei der Aufstellung von Bau- und Wohnungsordnungen und der Siedlungstätigkeit. Somit gewann der SVR besondere über- und zwischengemeindliche Bedeutung und konnte zur Vereinheitlichung der Region beitragen. Dabei war der SVR einerseits ein Zusammenschluß der Gebietskörperschaften des Ruhrgebiets (nach sachlich-funktionalen Kriterien über Regierungsbezirksgrenzen hinweg) und damit ein Kommunalverband, andererseits eine regionale Planungsbehörde für den Raum Ruhrgebiet und als solche der preußischen Landesregierung im Rahmen der Raumplanung zur Aufsicht unterstellt.

Die Doppelstruktur als Selbstverwaltungseinrichtung und staatliche Institution fand ihren Niederschlag in der doppelten Führungsstruktur mit Verbandsdirektor und Verbandspräsident. In der Verbandsversammlung saßen indirekt gewählte Vertreter der Gebietskörperschaften mit den von den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft bzw. vom preußischen Innenminister benannten Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Region bzw. deren Verbänden zusammen, d. h. auch die funktionale Selbstverwaltung wurde in den SVR integriert, womit eine frühe korporatistische Einrichtung für die Region entstand. In diesem Gremium konnten demnach unter den verschiedenen Akteuren

Konzepte der Regionalentwicklung abgestimmt werden, zugleich aber auch die im Ruhrgebiet dominante Montanindustrie direkt politischen Einfluß auf Planungsentscheidungen ausüben. Der SVR trug damit wesentlich dazu bei, daß die Region nunmehr als Einheit bzw. als spezifisch montanindustriell geprägte Gegend wahrgenommen wurde (Blotevogel 1993, 50; Benedict 2000, 31 f.; kritischer Rommelspacher 1982, 16 f.).

Die ursprüngliche Aufgabe des SVR fiel schon 1923 weg, als der weitere Ausbau der Steinkohlenförderung und die Ansiedlung zusätzlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet obsolet geworden war. Der SVR orientierte sich stärker auf seine bei der Gründung ja auch intendierte raumordnende Funktion und trug zur Vernetzung der Ruhrgebietsstädte und zur Fortentwicklung der Infrastruktur bei. Bei seiner raumordnenden Tätigkeit schuf der SVR im Rahmen der noch unverbindlichen Regionalplanung mit Hilfe sogenannter Wirtschaftspläne, die späteren Flächennutzungsplänen vergleichbar waren, auch erste Grundlagen einer funktionalen Aufteilung der Region. Besonders widmete sich der SVR dabei der Erhaltung von Frei- und Grünflächen, den „Verbandsgrünflächen“. Mit seinen letztlich doch nur begrenzten Kompetenzen und seinen neuartigen Aufgaben bzw. neuartigen regionalplanerischen Vorstellungen konnte der SVR am Beginn seiner Tätigkeit viele seiner Ziele nur realisieren, wenn er gegenüber den verschiedenen Akteuren der Region Überzeugungsarbeit leistete, neue diskursive Steuerungsformen entwickelte und informelle Verfahren anwandte (Rommelspacher 1982, 18-21; Benedict 2000, 35-51). Er trieb damit die Vernetzung im Ruhrgebiet voran, entwickelte bereits „weiche“ Steuerungsinstrumente und schuf Anregungen zur Kooperation der Akteure.

Im „Dritten Reich“ blieb der SVR, der Kontrolle durch die kommunale Selbstverwaltung entzogen und nach dem Führerprinzip entdemokratisiert sowie dem Anweisungsrecht der Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen untergeordnet, erhalten. Überlegungen zur Neuordnung des rheinisch-westfälischen Raumes blieben im Dickicht von Bürokratie und Rivalitäten regionaler NS-Einrichtungen stecken. Er wurde längerfristig sogar eher einflußreicher, da er im Rahmen des Ausbaus der staatlichen Raumordnungspolitik die Funktion einer Landesplanungsgemeinschaft (unter Einbeziehung der kommunalen und funktionalen „Selbstverwaltung“) erhielt (Hoffacker 1989, 12-14; Benedict 2000, 53-58).

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus trug der SVR wesentlich zur Wiederherstellung der montanindustriellen Strukturen und der Unterordnung der Region unter die Interessen der Großindustrie bei. Neben Planung und Finanzierung von Wohnraum wurde die Regionalplanung ganz an den Standorten der montanindustriellen Großbetriebe orientiert und sogar die Ansiedlung neuer Betriebe im Ruhrgebiet abgelehnt, um die gewachsenen montanindustriellen Strukturen nicht zu gefährden. Lediglich im Bereich der Frauenarbeitsplätze sollten Ansiedlungen und damit eine Diversifizierung der Ruhrwirtschaft erfolgen. Man rechnete mit einem dauerhaften Bedarf von etwa 350.000 Bergleuten und einer bergbauverbundenen Bevölkerung des Ruhrgebiets von 1,5 Mio. Menschen (Rommelspacher 1982, 21 ff.; Petz 1995, 39 f.).

Mit der Gebietsreform und dem entsprechend novellierten nordrhein-westfälischen Landesplanungsgesetz von 1975 verlor nach der Diskussion seit den 1960er Jahren der SVR ab 1. Januar 1976 die Planungshoheit an die neuen Bezirksplanungsräte, die als Träger der Landesplanung bei den politisch gestärkten Regierungspräsidenten geschaffen wurden. Bis zur Mitte der 1970er Jahre war der SVR eine wichtige Einrichtung zur Diskussion raumplanerischer Alternativen gewesen. Produkte der breiten Diskussionsprozesse, an denen auch Akteure außerhalb der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt wurden, waren beispielsweise der Regionalplanungsatlas (1960), der Referentenentwurf eines „Entwicklungsprogramms für das Ruhrgebiet“ (1961), der Gebietsentwicklungsplan (1966) und der Gebietsentwicklungsplan „Regionale Infrastruktur“ (1974). Die Kompetenzreduzierung des Siedlungsverbandes erfolgte gegen den Rat unterschiedlicher Akteure, auch gerade aus der Wissenschaft. Unter dem Eindruck des Strukturwandels forderten zahlreiche Wissenschaftler eine einheitliche Institution zur Koordinierung der Planungen für die Umstrukturierung und Modernisierung des Ruhrgebiets. Ein wichtiger Grund für die Kompetenzbescheidung des SVR lag in dessen verwaltungsorganisatorischer Isolierung. Gleichzeitig fürchteten Vertreter kommunaler und regionaler Institutionen eine Zentralisierung von Kompetenzen beim regionalen Verband. Auf Landesebene lehnte man eine mögliche Dominanz des Ballungsraums Ruhrgebiet ab. Mit Hilfe der von den Kommunen im jeweiligen Regierungsbezirk nach den Wahlergebnissen mit Gemeindevertretern besetzten Bezirksplanungsräte sollte das Selbstverwaltungsrecht der kommunalen Einheiten in der Regional- und Landesplanung zum Zuge kommen, während die Entscheidung über die Landesplanung verfassungsgemäß als staatliche Aufgabe beim Land blieb und Aufsichts- und Vollzugsfunktionen durch die Behörden des Regierungsbezirks (Bezirksplanungsbehörde) wahrgenommen wurden. Durch die Schaffung der Bezirksplanungsräte sollten also Landesplanung und selbstverwaltete regionale und lokale Planung durch prozedurale Beteiligung an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen miteinander verkoppelt bleiben. Die Anbindung an die Regierungsbezirke förderte aber das Verständnis der Regionalplanung als staatliche Angelegenheit und bei den Gemeindevertretern in den Bezirksplanungsräten das Selbstverständnis, vor allem die Berücksichtigung der Interessen der eigenen Gemeinde durchzusetzen. Diese Orientierung an den gebietskörperschaftlichen Interessen verhinderte, wie schon die Aufteilung des Ruhrgebiets zwischen drei Regierungsbezirken, das Entstehen eines einheitlichen Administrativraums als Grundlage eines entsprechenden regionalen Bewußtseins und förderte das Sonderbewußtsein von Teilräumen. Die Vermittlung zwischen der staatlichen Raumordnung und Landesplanung und der kommunalen Ebene blieb also problematisch.

Hauptaufgaben des ab 1. Oktober 1979 nach dem „Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet“ vom 18. September 1979 geschaffenen neuen Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) sind die regionale Koordinierung der Abfallbeseitigung, die Schaffung und Unterhaltung von Freizeitanlagen und Erholungsflächen, das Vermessungswesen, die Landschaftspflege sowie planerische Dienstleistungen und Öffentlichkeitsarbeit für die

Region. Selbstverwaltungsorgane des KVR sind die Verbandsversammlung, der von dieser gewählte Verbandsausschuß und der gewählte Verbandsdirektor. Die Vertreter der funktionalen Selbstverwaltung haben im Kommunalverband ihren direkten Einfluß auf die Ruhrgebietsinstanz verloren. Als Kommunalverband mußte der KVR fortan seine Aufgaben überwiegend als Dienstleister für die Kommunen und Berater und Förderer der Zusammenarbeit zwischen den Ruhrgebietskommunen sehen (Benedict 2000). Mit der Zersplitterung der Planung, die den Grenzen der das Ruhrgebiet zerteilenden Regierungsbezirke folgt, ist eine regionale Planung für das Ruhrgebiet als Region mit relativ einheitlichen Problemlagen bis zur Gegenwart erheblich erschwert.

Die Regierungsbezirke haben historische Grenzen und folgen nicht räumlich-funktionalen Kriterien. So werden innerhalb der Regierungsbezirke Planungen für recht unterschiedlich geprägte Räume vorgenommen und andererseits zusammengehörige Räume durch Bezirksgrenzen geteilt. Eine einheitliche Planung für das ganze Ruhrgebiet wird so verhindert und der innerregionalen Konkurrenz der Boden bereitet. Entsprechend flammte in der Diskussion um Fragen der Verwaltungsorganisation bis zur Gegenwart immer wieder die Forderung nach Schaffung einer für das Ruhrgebiet einheitlichen Mittelinstanz auf. In der jüngsten Zeit wird die Diskussion unter dem Begriff Ruhrstadt geführt, womit allerdings auch wiederum vor allem die Frage diskutiert wird, welche Kompetenzen auf welcher Ebene, bei welcher Instanz angesiedelt werden sollen.

Mangels der Konstituierung einer staatlichen Verwaltungseinheit „Ruhrgebiet“ wird unter diesem Begriff heute das Verbandsgebiet des KVR verstanden; dieses umfaßt (seit 1979) die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Hier leben in 53 selbständigen Gemeinden mit einer Gesamtgröße von 4.433 Quadratkilometern heute etwa 5,3 Mio. Menschen.

Gegenüber den allgemeinen Vorstellungen vom „Revier“ weisen innerhalb der so beschriebenen Region Hagen und der südliche Ennepe-Ruhr-Kreis, die oft zum bergisch-märkischen Wirtschaftsraum gezählt werden, eine etwas andere Struktur auf, die Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie dieses Teilraums waren und sind aber eng mit der Ruhr-Industrie verbunden. Andererseits sind im Zuge von Standortverlagerungen zur „Rheinschiene“ die Verbindungen des Ruhrgebiets zum nicht zum KVR gehörigen rheinischen Raum enger geworden. Auch der (historische) Begriff „rheinisch-westfälisches Industriegebiet“, manchmal auch „Rhein-Ruhrgebiet“, spiegelt die Verbindung zum Rheinland wieder, reflektiert, daß das Ruhrgebiet selbst wiederum ein Teilraum eines größeren Ballungsraumes ist. Auch fallen der ehemalige Zechenstandort Ahlen und die Gebiete einer möglichen weiteren Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus nicht in den so beschriebenen Raum Ruhrgebiet. Weiterhin weisen die eher ländlichen Gemeinden des Kreises Wesel und auch die nicht durch Montanindustrie und den Entwicklungsprozeß des engeren Ruhrgebiets geprägte Stadt Wesel andere Strukturen auf als sie im übrigen Ruhrgebiet anzutreffen sind.

Region ohne Organisation

Außer dem früheren Siedlungsverband und gegenwärtigen Kommunalverband existiert für das Ruhrgebiet keine administrative Einheit, die den ganzen Raum erfaßt: Mit der preußischen Neuordnung nach der napoleonischen Zeit und der Eingliederung Rheinland-Westfalens in den preußischen Staat entstanden in der Region des späteren Ruhrgebiets die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster, die bis zur Gegenwart „von außen“ jeweils Teile des Ruhrgebiets verwalten. Zudem verlief die historisch ja nicht völlig willkürliche Grenze zwischen der preußischen Rheinprovinz und der ebenfalls preußischen Provinz Westfalen mitten durch das Ruhrgebiet bis schließlich der preußische Staat aufgelöst wurde. Die ehemaligen Provinzialgrenzen spielen bis zur Gegenwart bei den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe noch eine Rolle. Trotz aller Neuordnungen bis zur Gegenwart stimmen viele Verwaltungs- oder Institutionengrenzen weiter und auch erneut nicht überein. Beispielsweise haben Arbeitsamtsbezirke und Kreise jeweils andere Grenzen. Jenseits der unterschiedlichen Zugehörigkeiten zu Regierungsbezirken stimmen nicht einmal die Arbeitsmarktregionen (der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, an denen sich die Regionalpolitik des Bundes und des Landes sowie auch der EG/EU orientiert) mit den Arbeitsamtsbezirken überein. Wiederum andere Raumgliederungen werden als Analyseregionen des Bundesraumordnungsprogramms, als Raumordnungsregionen des Bundesraumordnungsberichts oder als Analyseregionen der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung benutzt. Diese Regionen sind dann weitgehend kompatibel mit den Regionen der Landesplanung. In jüngerer Zeit kommen weitere Raumaufteilungen im Zusammenhang der regionalisierten Strukturpolitik für das Ruhrgebiet hinzu.

Im Kontext der europäischen Politik stellt sich die Wahrnehmung und Einteilung von Regionen wiederum anders dar, ist hier aber auch nicht einheitlich. Der Europarat hatte bereits 1970 eine Region als „größte Gebietseinheit in jedem Land, d. h. unmittelbar unter der Zentralregierung, mit oder ohne Rechtspersönlichkeit“ definiert. 1975 wurde auf einer Fachkonferenz des Europarates und seiner Europäischen Kommunalkonferenz Region als eine mit umfassender Zuständigkeit und gewählter Vertretungskörperschaft ausgestattete gebietskörperschaftliche Ebene bezeichnet. Diese Umschreibung des Regionsbegriffs definierte trotz weiterer Konkretisierungsversuche immer noch sehr unterschiedliche räumliche Gebilde als Regionen. Das Europäische Parlament beschrieb in der am 18. November 1988 verabschiedeten Gemeinschaftscharta der Regionalisierung eine Region als ein Gebiet, das geographisch eine Einheit bildet, ein geschlossenes Gefüge darstellt und dessen Bevölkerung durch Gemeinsamkeiten wie Sprache, Kultur, geschichtliche Tradition, Wirtschaftsinteressen usw. geprägt ist. Da solche abstrakten Definitionen von Regionen für die konkrete Regionalpolitik der EG/EU kaum operationalisierbar waren, man aber differenzierte Indikatoren zur Identifikation und Charakterisierung von Regionen brauchte, erstellte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT)

eine einheitliche Systematik von Gebietseinheiten für die Statistik, die NUTS (Nomenclature of territorial units for statistics bzw. Nomenclature des unités territoriales statistiques). Aus praktischen Gründen folgte man dabei der institutionellen Gliederung der Mitgliedsstaaten. Es werden drei NUTS-Ebenen unterhalb des Nationalstaates unterschieden. Bezogen auf die Bundesrepublik werden die Bundesländer (NUTS-1), die Regierungsbezirke (NUTS-2) und die Landkreise und kreisfreien Städte (NUTS-3) als Regionen aufgefaßt. Eine europäische Region ist das Ruhrgebiet also nicht. Das Ruhrgebiet ist seit der Neuordnung Deutschlands nach der Befreiung vom Nationalsozialismus Teil des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (NRW), das eine europäische Region darstellt und z. B. im europäischen Ausschuß der Regionen vertreten ist.

Zusätzlich zu der administrativen Zergliederung des Ruhrgebiets ist die Region analytisch immer wieder in unterschiedlicher Weise in Teilräume eingeteilt worden. Besonders wichtig war und ist die Zoneneinteilung, die der Industrialisierungsgeschichte und der Nordwanderung des Bergbaus folgt (Ruhr-, Hellweg-, Emscher-, vestische und Lippe-Zone). Eine weitere Teilung erfolgt in West-Ost-Richtung in westliches Ruhrgebiet (auch „Rheinschiene“ mit Duisburg, Dinslaken und Moers), mittleres Ruhrgebiet (Bochum, Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Herne, Mülheim, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Wattenscheid, Witten und der Kreis Recklinghausen) und östliches Ruhrgebiet (Dortmund, Castrop-Rauxel, Lünen, Hamm und der Kreis Unna). Zahlreiche weitere Zergliederungen kommen hinzu wie z. B. die Organisationsgrenzen von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Organisationen. So ist das Ruhrgebiet eine Region ohne einheitliche Organisation und regionale administrative Strukturen – aber mit einem Namen.

Begriffliche Wahrnehmung der Region

Neben der Bezeichnung Rheinland-Westfalen wurden zunächst hauptsächlich Begriffe verwendet, die auf den Bergbau in der Region verwiesen, beispielsweise „Ruhr-Revier“; seltener wohl (rheinisch-westfälischer) „Kohlenbezirk“ oder (rheinisch-westfälisches) „Kohlenbecken“. Allerdings verbreitete sich dann vor dem Ersten Weltkrieg auch die Bezeichnung „rheinisch-westfälischer Industriebezirk“ für eine Region, die mit dem Ruhrgebiet aber nicht deckungsgleich war, sondern ohne festumrissene Grenzen die rheinischen Industriestädte bzw. -gebiete von Düsseldorf bis Essen und die westfälischen Industriestädte um Bochum, Dortmund bis zur Ruhr und die nördlichen Industriedörfer zusammenfaßte (Blotevogel 1993, 49).

Trotz der provinzübergreifenden Regionsbildung kam es bis zum Ersten Weltkrieg nicht zu bedeutenderen Versuchen, Rheinland und Westfalen politisch-administrativ zusammenzufassen. Aufgrund der zunächst weitgehend ungeplanten Besiedlung der Region im Zuge des von der Montanindustrie geprägten Industrialisierungsprozesses bildeten sich auch regionale Traditionen kaum heraus, ein kollektiv-räumliches Bewußt-

sein konnte sich angesichts der großen Fluktuation von Belegschaften und Bevölkerung nur kleinräumig an Zechen, Kolonien und immer wieder umorganisierten kommunalen Gebilden, in denen die Masse der Bevölkerung bis zum Ersten Weltkrieg über keinen politischen Einfluß verfügte, orientieren (Blotevogel/Butzin/Danielzyk 1988).

Die verschiedenen ökonomischen, sozialen und politischen Organisationen, die in der und für die Region gebildet wurden, wählten ganz unterschiedliche Organisationsbereiche. Die wichtigsten Wirtschaftsinteressen organisierten sich im „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ (1858), im regionalen Wirtschaftsverband „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (Langnamverein von 1871), im „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Nordwestliche Gruppe“ (1874). Die Syndikatsbildung im Bergbau wurde 1893 nach verschiedenen Vorformen mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat erreicht, im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie erfolgte die Kartellbildung wesentlich differenzierter unter Einbeziehung von Standorten außerhalb des Ruhrgebiets. Die Kammern der Wirtschaft zerschnitten das Gebiet des Ruhrgebiets mehrfach. Die bis 1914 in verschiedene Richtungen zerfallenden Gewerkschaften wählten ganz unterschiedliche Organisationsgebiete und Vororte. In neuerer Zeit wurde 1958 das Ruhrbistum Essen, das wiederum nur Teile des Ruhrgebiets umfaßt, gegründet. Die ersten halbwegs auf die gesamte Region bezogenen Einrichtungen zur notwendigen Regelung von Problemen der Wasserwirtschaft wurden der 1899 gegründete Ruhrtalsperrenverein, 1904 die vom preußischen Staat initiierte Emschergenossenschaft und 1913 der Ruhrverband (mit dem reorganisierten Ruhrtalsperrenverein) (Korte 1990).

Der Prozeß der Herausbildung eines regionalen Selbstbewußtseins begann unter den Bedingungen der Weimarer Republik mit der Schaffung des SVR. In den 1920er Jahren veränderte sich nun langsam die Bezeichnung des Ruhrgebiets. Neben dem Begriff des (größeren) rheinisch-westfälischen Industriegebiets, wurde unter Bezugnahme auf den Bergbau ohne ausreichende Gebietsabgrenzungen der Begriff „Ruhrrevier“ verwendet, schriftsprachlich benutzte man immer öfter den vom Essener Oberbürgermeister bei der Gründung des SVR vorgeschlagene Begriff des Ruhrkohlenbezirks. Im Kontext des Ausbaus der Daseinsfürsorge und der kommunalen Leistungsverwaltung sowie beim Ausbau der städtischen Infrastruktur und der Kultur- und Bildungseinrichtungen in den 1920er Jahren fanden sich offenbar insbesondere bei der Stadt Essen erste Ansätze eines „regionalen Marketings“. Dort wurde versucht, den Begriff „Ruhrland“ für die Region (mit Zentrum Essen) zu etablieren.

Als in der Zeit der Weimarer Republik die ökonomische Bedeutung des Ruhrgebiets nach dem Verlust von Industriegebieten im Osten stieg, das Ruhrgebiet zum Brennpunkt von Konflikten im Kontext der Auseinandersetzungen um die Reparationen wurde und schwere politische Kämpfe in der Region ganz Deutschland erschütterten, geriet das Ruhrgebiet auch mehr und mehr in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit und erhielt so gewissermaßen eine Außensicht, die die Herausbildung eines Eigenbildes in der Region

förderte. Die Region erregte in der Zeit der Weimarer Republik einige Aufmerksamkeit: durch die großen sozialen und politischen Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Sechsstundenschicht im Bergbau, den Ruhrkampf mit den Kämpfen der Roten Ruhrarmee, durch die französische-belgische Ruhrbesetzung, durch die langjährigen Auseinandersetzungen um Reparationen, die immer auch das Ruhrgebiet betrafen, durch die spezifische politische „Färbung“ der Region mit starken Kommunisten und starken Zentrums-Katholiken und dann bald durch Massenarbeitslosigkeit und politische Kämpfe in der Endphase der ersten deutschen Republik.

Der Name Ruhrgebiet, der zunächst nur den Einzugsbereich der Ruhr bezeichnet hatte, bürgert sich dann für die ganze montanindustriell geprägte Region um 1930 mehr und mehr ein (Blotevogel 1999, Spethmann 1995).

Entwicklung einer regionalen politischen Kultur im strukturellen Wandel

Im besonderen Maße trugen die Erfahrungen der Zeit nach 1945 und dann die Bewältigung des Strukturwandels zur Herausbildung einer regionalen politischen Kultur bei. Bereits in den ersten Nachkriegsmonaten entstand in den Ruhrgebietsstädten ein regionsspezifisches Politikmuster, für das sich der Begriff der „basinahen Stellvertretung“ eingebürgert hat. Anknüpfend an alte sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Traditionen einer Politik der Teilhabe und des Klassenkompromisses entstand unter den Bedingungen des schwerindustriell geprägten Ruhrgebiets mit seinen korporatistischen Strukturen dieses Politikmodell basinaher Stellvertretung, worin sozialdemokratischen Eliten aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterschaft und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft zukam. Der Niedergang älterer Solidarstrukturen machte das an Stellvertreterhandeln ausgerichtete Politikmodell zum einzig akzeptierten Konzept der kollektiven Interessenvertretung. In diesem Modell artikulierten nun Gewerkschafter und Sozialdemokraten das Emanzipationsstreben der Ruhrgebietsbevölkerung und deren Anspruch auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Die Ruhr-SPD und ihre gewerkschaftlichen und politischen Funktions- und Mandatsträger wurden in gewisser Weise Ausdruck der kollektiven Erfahrungen der „kleinen Leute“ in den Industriestadtteilen des Ruhrgebiets und entwickelten als deren Interessenvertreter eine spezifische „Kultur des kleinen Mannes“ (Faulenbach 1989).

Während allgemein von der Notwendigkeit weiterer Steigerungen der Steinkohleförderung ausgegangen wurde, brach im Februar 1958 die Kohlekrise an Rhein und Ruhr aus. Mit dem Ende des Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“ begann auch der Rückgang der Eisen- und Stahlindustrie. Die Montanindustrie geriet mit dem Strukturwandel der Industriegesellschaften insgesamt, durch Substitutions- und Rationalisierungsprozesse, zunehmenden internationalen Wettbewerb und sektoralen Wandel immer stärker unter Druck.

Im Ruhrgebiet erfolgte der Schrumpfungsprozess der Montanbranchen nicht regional einheitlich, sondern folgte den entstandenen Standortstrukturen und der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus. So hatte der Verlust von Arbeitsplätzen in einzelnen Ruhrgebietsstädten besonders gravierende Folgen. In Nordrhein-Westfalen verlor das produzierende Gewerbe insgesamt, d. h. Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, von 1961 bis 1987 1,5 Mio. Arbeitsplätze und bis zur Gegenwart weitere 500.000 Arbeitsplätze. Der weit über die Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl hinausgehende Abbau von Arbeitsplätzen zeigt, daß auch mit jedem Arbeitsplatz im Bergbau oder der Eisen- und Stahlindustrie weitere Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen oder vernetzten Betrieben verloren gingen und andere Branchen des produzierenden Gewerbes, in Nordrhein-Westfalen z. B. die Textilindustrie, gleichzeitig mit der Montanindustrie schrumpften (MWMT 1989, 238 f.; Heinze/Hilbert/Voelzkow 1992, 40; Petzina 1992, 540).

Die Kohlenkrise seit 1958 und der Arbeitsplatzabbau in der Montanindustrie des Ruhrgebiets stärkte das basisnahe Politikmodell weiter, weil Belegschaftsvertreter und Kommunalpolitiker bei der sozialen Abfederung der Folgen des Strukturwandels der Montanindustrie Verteilerstellen für die Sozialpläne bzw. die diversen Sozialmaßnahmen waren. Mit Hilfe der öffentlichen Subventionierung konnte der Arbeitsplatzabbau halbwegs sozial ausgewogen abgewickelt werden (Lauschke 1984, 139). Nach dem Verblässen alternativer Vorstellungen zur Gestaltung von Arbeit und Leben erhoffte sich die Arbeiterschaft des Reviers von den basisnahen Eliten die Organisation eines auskömmlichen Lebens und Schutz vor den Folgen der Krise (Esser/Fach/Väth 1983, 208-221). Diese Hoffnungen der Ruhrgebietsarbeiterschaft konnten die Ruhr-Sozialdemokratie und ihre Arbeitnehmervertreter erfüllen. Das ruhrgebietstypische Politikmodell der basisnahen Stellvertretung existierte fort und stärkte die regionale SPD. Der Untergang der Montanindustrie stärkte auch insgesamt ein auf Kooperation und Ausgleich zielendes Modell: Die Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen verloren unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise und dem gemeinsamen Interesse an der Abfederung des Niedergangs der Montanindustrie an Bedeutung. Im betrieblichen Bereich wurde es daher relativ einfacher, Maßnahmen der sozialen Abfederung zu erreichen. Die gewerkschaftlichen Vertreter hatten zudem mit der Gründung der Ruhrkohle AG 1968 zu verhindern erreicht, daß irgendein Ruhrbergmann „ins Bergfreie“ fiel. Bis zur Verschärfung des sozialen Klimas in den 1980er Jahren konnten Betriebsräte und Gewerkschaften auch in der Eisen- und Stahlindustrie für eine sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels sorgen. Insgesamt gewährleistete ein regionales Politikmodell der Sozialpartnerschaft wenigstens eine soziale Abfederung des Strukturwandels, der in anderen Regionen wesentlich bruchhafter und für die Betroffenen brutaler verlief. Mit dem Strukturwandel bildete dieses die spezifische regionale Kultur des Ruhrgebiets und verfestigte sich. Die SPD wurde mit ihren (auch eingelösten) Forderungen nach sozialem Ausgleich der Folgen des Strukturwandels dominante Partei,

die Krise erzeugte ein „Wir-Gefühl“, korporatistische Strukturen der Konsenssuche wurden zu einem Kennzeichen politischen Verhaltens im Ruhrgebiet (Faulenbach 1996, 373 f.).

Seit dem „Entwicklungsprogramm Ruhr“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung von 1968 wurde eine insbesondere für das Ruhrgebiet auch inhaltlich spezifische Politik betrieben. Im Bundesland NRW wurde in deutlicher Abgrenzung von liberal-konservativer Politik eine eigene politische Linie verfolgt. Die „abweichende“ Politik Nordrhein-Westfalens läßt sich auf verschiedenen Politikfeldern feststellen. Bei der Strukturpolitik sind es z. B. die Versuche der sozialen, ökologischen und ökonomischen Bewältigung des Strukturwandels, bei der Energiepolitik ist es der unbedingte Kohlevorrang, bei der Verkehrspolitik stehen im Unterschied zum Bund und anderen Bundesländern eher die Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsberuhigungen und zurückhaltender Straßenneubau im Vordergrund, und die Wissenschafts- und Bildungspolitik ist nach zahlreichen Universitätsgründungen insbesondere im zuvor hochschulfreien Ruhrgebiet durch die Förderung der Gesamtschulen und der Weiterbildungspolitik gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der gelungenen sozialen Abfederung des krisenhaft verlaufenden Strukturwandels und des korporatistischen Politikmodus in NRW, der insbesondere die Gewerkschaften in die Politikformulierung einbindet, gilt NRW vor allem aber als „soziales Gewissen“ unter den Bundesländern und gegenüber dem Bund, was schon auf entsprechenden Traditionen des katholisch-sozialen Flügels der CDU seit Karl Arnold gründete. Diese Prägung hat das Land insbesondere durch die Arbeiterschaft und ihre Bewegungen gerade auch im Ruhrgebiet erhalten. Zur Ausbildung von Überzeugungen, die das Land zum sozialen Gewissen machten, gehörten die sozial-partnerschaftlichen Aushandlungsmechanismen, wie sie in der Nachkriegszeit in der Montanindustrie des Ruhrgebiets geschaffen und im Strukturwandelprozeß fortentwickelt wurden. Ein sozialer Grundkonsens vereint Einheitsgewerkschaft, Teile der Unternehmerschaft, den sozialkatholischen Flügel der Arbeiterschaft bis in die CDU und die Sozialdemokratie. Die in der regionalen politischen Kultur vorhandenen Vorstellungen zu Fragen sozialer Gerechtigkeit waren auch geprägt von einem defensiven Mißtrauen gegen „die da oben“, einem arbeitnehmerorientierten Korporatismus, einer Grundorientierung an Solidarität und Gerechtigkeit, einem ausgesprochenen Pragmatismus und einer personalistischen Kommunikation (Niethammer 1986, 206). In seiner Stellung als „soziales Gewissen“ spiegelt sich noch die frühere Prägung der Region durch die relativ einheitlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse der montanindustriellen Arbeiterschaft wider, die schon vor Jahrzehnten das Ruhrgebiet von anderen Regionen sozial unterscheidbar machte und Ausdruck fand im Selbstbild der Region mit allem Arbeiterstolz und allen Minderwertigkeitskomplexen. Eine politische Tradition des Ruhrgebiets quer durch alle Lager und Schichten ist in diesem Kontext auch das eher geringe Vertrauen, das einer Steuerung durch den Markt entgegengebracht wird, wohingegen hochorganisierte Steuerungsformen, besonders tripartistische, positiver eingeschätzt werden.

Das um die SPD herum gruppierte Politikmuster hat inzwischen allerdings starke Risse bekommen. Einerseits fällt die Intergration einer mit dem ökonomischen und sozialen Strukturwandel immer differenzierteren Gesellschaft schwerer, und andererseits haben politische Eliten vielfach auch versagt und die vielbeschworene Bodenhaftung verloren. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zeigen, daß der Spagat der in sich stark differenzierten Großorganisation SPD zunehmend weniger gelingt und die Partei in immer mehr strategische „Zwickmühlen“ zwischen unterschiedlichen Interessen und Gruppierungen gerät (vgl. Alemann/Heinze/Schmid 1998, 2). Als bei den Kommunalwahlen 1999 ein negativer bundespolitischer Trend, eine wenig attraktive Landespolitik nach dem Wechsel vom „Landesvater“ Johannes Rau zum „Macher“ Wolfgang Clement mit örtlichen Skandalen, Skandälchen, offensichtlicher (sozialdemokratischer) „Politik nach Gutsherrenart“ und „Arroganz der Macht“ zusammenkamen, verlor die SPD als für ewig sicher angesehene Hochburgen an die CDU.

Obwohl die regionale Politik und die regionale politische Kultur z. Zt. ebenfalls einem starken Wandel unterworfen ist, kann man die Bewältigung des Strukturwandels insgesamt als Erfolg ansehen. Angesichts der massiven Arbeitsplatzverluste im Ruhrgebiet ist nach den Arbeitsmarktdaten die Situation in der Region nicht besonders schlecht. Auch ist das Ruhrgebiet als Wirtschaftsregion keine monostrukturierte Montanregion mehr, sondern eine stark diversifizierte und damit weniger krisenanfällige Wirtschaftsregion mit Kohle und Stahl geworden. Bedeutende neue und nach dem derzeitigen Wissensstand zukunfts-trächtige Wirtschaftszweige wurden angesiedelt. Um die „alten“ Branchen Kohle, Eisen und Stahl, Chemie und Energie sind verschiedene Netzwerke neuer Produktionslinien, Produkte und Verfahren entstanden, in denen zukunftsweisend ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden. Im Prozeß des Strukturwandels ist es dabei im Ruhrgebiet in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfolgreich gelungen, Mittel zur sozialen Abfederung der Folgen des Strukturwandels zu mobilisieren, so daß die Kernbelegschaften des Ruhrbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie relativ gut abgesichert blieben. Gemessen an Arbeitsmarktdaten, an gegenwärtigen Vorstellungen über zukunftsweisende regionale Wirtschaftsstrukturen und erfolgversprechende Wirtschaftszweige sowie an allgemeinen Beurteilungen über sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit war die Bewältigung des Strukturwandels und seiner Folgen im Ruhrgebiet insgesamt also relativ erfolgreich (Goch 1996; Goch 1999; Goch 2000; Tenfelde 1997).

Die ständigen Krisenerfahrungen haben die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen im Revier zusammengeführt und hier eine gewisse Fähigkeit zum sozialen Interessenausgleich zwischen Unternehmen und Gewerkschaften entstehen lassen. Ein Kernpunkt aller strukturpolitischen Bemühungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung blieben Vorstellungen einer Kooperation aller relevanten Akteure. Dabei haben sich die verschiedenen Akteure dem Strukturwandel nicht entgegengestellt, sondern versucht, diesen zu gestalten. Die strukturpolitischen Maßnahmen und die von der Region zur Bewältigung des Strukturwandels mobilisierten Mittel haben auch sicht- und meßbaren

Erfolg. Die erreichte Vielfalt der Region und mittlerweile auch ihrer Wirtschaft, die Vielfältigkeit der Strukturpolitikprojekte und -initiativen, die breite Beteiligung unterschiedlicher regionaler Akteure an der Bewältigung des Wandels, die Konsensorientierung in tripartistischen Politikmodellen und die Orientierung an selbstgesetzten sozialen und ökologischen Normen dürften für die Zukunft die wichtigsten Entwicklungspotentiale der Region sein, weil der Region damit angesichts gegebener Unsicherheit über zukünftige Verläufe gleichzeitig unterschiedliche Entwicklungsperspektiven offenstehen, die Region also nicht mehr wie zu früheren Zeiten auf Gedeih oder Verderb auf eine Monostruktur und nur eine Entwicklungsperspektive angewiesen ist.

Regionales Bewußtsein, Image, Selbstvergewisserung

Aber nicht nur die Arbeit an der Bewältigung des Strukturwandels trug zu einem auch regional definierten Zusammengehörigkeitsgefühl bei. So begann bereits Mitte der 1980er Jahre der KVR eine intensive Auseinandersetzung mit dem Image der Region. Die verstärkten Bemühungen um Imagewerbung beruhten dabei auf der Erkenntnis des Bedeutungsgewinns „weicher“ Standortfaktoren und angesichts der Unübersichtlichkeiten der Informationen über Charakteristika von Räumen der Einsicht in die Wichtigkeit und die möglicherweise handlungsleitende Kraft von „Vorstellungsbildern über Regionen“ (KVR 1993, 1; KVR 1994, 1). 1985 gab der KVR eine Imageuntersuchung in Auftrag, mit der ein deutliches Negativimage festgestellt wurde, wobei die Region von deren Bewohnern um ein vielfaches besser beurteilt wurde, als von Bundesbürgern, die nicht dort wohnten. Nach der Untersuchung von 1985 wurden diese Analysen im Rahmen einer nun systematischer betriebenen Imagewerbung des KVR jeweils nach zwei Jahren (bis 1993) wiederholt, um die 1986 begonnenen Imagekampagnen des KVR einschätzen zu können (KVR 1993, 1; KVR 1994, 1 f.).

Wesentlicher Bestandteil der Sicht auf die Region durch die Bewohner selbst ist die Wahrnehmung der Region als einer Region im Wandel (KVR 1992, 6 ff.). Bezeichnend für die Konstituierungsbedingungen und die Entstehungsgeschichte des Selbstbewußtseins der Ruhrgebietler war die Tatsache, das die 1993 im Rahmen der regelmäßigen Imageuntersuchungen befragten Ruhrgebietsbewohner zu 55 % die faktisch falsche Feststellung, daß immer noch mehr als die Hälfte der im Ruhrgebiet arbeitenden Menschen in den Bereichen Bergbau und Stahlindustrie beschäftigt seien, für richtig hielt (KVR 1994, 11 f.). Nach der Befragung von 1993 lebten 69 % der Ruhrgebietler sehr gern im Ruhrgebiet, was gegenüber den vorherigen Befragungen (jeweils 61 %) trotz mancher skeptischer Einschätzung über die Region eine weitere Steigerung der Zufriedenheit mit der Region bedeutete. Die Bemühungen des KVR um Imagewerbung verzeichneten aber auch Erfolge bei den nicht in der Region lebenden Menschen. 1993 konnten Verbesserungen der Bewertung des Ruhrgebiets durch Menschen, die außerhalb der Region lebten, festgestellt

werden. Allerdings ergab die Umfrage unter „Meinungsführern aus der Wirtschaft“ (aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden) von 1992, daß über die Hälfte der Befragten (52 %) ihre Kenntnisse über die Region als „gering“ einschätzten. Der KVR führte dies darauf zurück, „das der Begriff ‘Ruhrgebiet’ im europäischen Ausland von vielen nicht klar definiert werden kann, d. h. einzelne Städte sind zwar bekannt, die Region insgesamt wird aber anscheinend weniger deutlich wahrgenommen“. Aber auch bei den befragten „Meinungsführern“, die über Kenntnisse über die Region verfügten, galt die Region oft noch als typische altindustrielle Region (KVR 1993, 1 ff.). Imageuntersuchungen unter einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe ergaben für das Ruhrgebiet weiterhin besonders Assoziationen des Ruhrgebiets mit der Vorstellung einer alten Industrieregion und einer weiter durch den Bergbau geprägten Region (KVR 1993, 6 ff.). Während also die Bewohner der Region begannen, den Wandlungsprozeß des Ruhrgebiets in ihren Regionsbegriff zu integrieren, wurden diese Veränderungen „von außen“ nur begrenzt wahrgenommen.

In der Umgangssprache der Ruhrgebietsbevölkerung hat sich in jüngerer Zeit auch der Begriff „Kohlenpott“ wieder stärker verbreitet. Ursprünglich war dieser Begriff eine eher abschätzige Bezeichnung von außen. Kohlenpott meinte Kohle, Stahl, Rauch und Schmutz. In gewisser Weise knüpfte der Begriff als umgangssprachlicher Begriff an den Begriff „Revier“ oder an die Vorstellung vom Schmelztiegel Ruhrgebiet. Der Begriff „Kohlenpott“ wurde dann vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1974 selbstironisch in der Kampagne „Grüße aus Ruß-Land“ aufgegriffen. Die nicht unumstrittene Kampagne des Kommunalverbandes Ruhrgebiet „Der Pott kocht“ griff dann Ende der 1990er Jahre den Begriff „Kohlenpott“ wieder auf und versuchte ihn positiv zu wenden (Benedict 2000).

Die Verankerung eines Regionalbewußtseins wird jedoch trotz der in ihrer Wirksamkeit nicht uneingeschränkt als effektiv zu beurteilende Image-Arbeit des KVR nicht nur durch die mangelnde administrative Klammer des Ruhrgebiets insgesamt erschwert, sondern erfährt auch eine starke Konkurrenz durch die weitverbreiteten kleinräumigen Identitäten unterhalb der regionalen Ebene, die auch auf der besonderen Form der Urbanisierung der Region beruhen. Mit dem rasanten Wachstum der Industrie, der ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vorwiegend aus den preußischen Ostprovinzen erfolgenden Zuwanderung und dem Wuchern der „Industriedörfer“, insbesondere in der nördlichen Emscherzone, hatte die Herausbildung urbaner Strukturen nicht Schritt gehalten (Niethammer 1979).

Die Städte im Ruhrgebiet sind in ihren gegenwärtigen Grenzen überwiegend Produkte eines Urbanisierungsprozesses, der in Richtung Norden immer ungeordneter verlief, und der kommunalen Neuordnungen in den 1920er und 1970er Jahren. Viele Städte erhielten zum wiederholten Male neue Grenzen bzw. wurden wie die Hellwegstädte erheblich vergrößert. Aufgrund der Siedlungs- und Bauweise blieb trotzdem der Orientierungspunkt der Bevölkerung der Betrieb, der meist eng mit den (Werks-)Siedlungen verbunden war. Das Alltagsleben blieb kleinräumig beschränkt. Diese Tendenz verstärkte sich im Verlauf

der 1920er Jahre eher noch, als die Ruhrbevölkerung aufgrund der ersten strukturellen Wandlungen in der Montanindustrie des Ruhrgebiets, besonders im Bergbau, seßhafter werden mußte, weil häufiger Arbeitsplatzwechsel aufgrund des Abbaus von Arbeitsplätzen nicht mehr so einfach möglich war. Trotz der schon recht dauerhaften städtischen Gebilde haben sich seltsame unstädtische kleinräumige Orientierungen an den früheren Industriedörfern und späteren Stadtteilen und einer längst vergangenen Struktur des Städtesystems im (späteren) Ruhrgebiet erhalten. Im Ruhrgebiet herrscht eine ausgesprochene Orientierung auf kleinräumige Lokalitäten vor, wobei neben den Stadtteilen auch (ehemalige) Werkssiedlungen oder spezielle Wohngehenden Orientierungspunkte sein können (KVR 1992, 26). Solche Orientierungen kommen alltäglich in bestimmten auf den Raum bezogenen Ausdrucksweisen zum Ausdruck: Mancherorts heißt es: „Ich gehe ins Dorf“, wenn man die Mitte des Stadtteils meint, „Ich fahre in die Stadt“ oder z. B. „Ich fahre nach Dortmund“, wenn man in eines der größeren bzw. höherrangigen Stadtzentren fährt.

Ausdruck der verbreiteten Stadtteilidentitäten ist auch die ausgeprägte Stadtteilbeirichterschattung der Lokalzeitungen, insbesondere der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) und der unter deren Dach erscheinenden Zeitungen Neue Ruhr Zeitung/ Neue Rhein Zeitung in Essen, Westfälische Rundschau (Dortmund) und der Westfalenpost (Hagen) mit ihren jeweils spezifischen Einzugsbereichen (1988 mit 157 Ausgaben). Der WAZ gelang es, die ganze Region zu repräsentieren und sich inhaltlich und sprachlich auf die Bevölkerung einzustellen, deren innere Differenzierung und kleinräumige Orientierung aufzunehmen und gleichzeitig umgekehrt die Region zu prägen und zur Konstituierung des Ruhrgebiets als Region beizutragen. Eine Besonderheit des regionalen Bewußtseins ist daher im Ruhrgebiet diese Gleichzeitigkeit lokaler und regionaler Orientierung, die über kein eigentliches Zentrum verfügt.

Angesichts der geschilderte Hemmnisse bei der Herausbildung eines regionalen Bewußtseins kommt der regionalen Geschichtsschreibung eine zentrale Rolle zu. Die Geschichtsschreibung über das Ruhrgebiet blieb jedoch in dieser von rasantem Wandel und entsprechenden Anpassungsproblemen geprägten Region lange beschränkt, so daß auch die Herausbildung regionalen Bewußtseins verzögert wurde. Allerdings hat das Ruhrgebiet als bedeutender schwerindustrieller Ballungsraum seit seiner Entstehung immer wieder Wissenschaftler, Journalisten und andere Beobachter unterschiedlichster Provenienz zu Untersuchungen über diese Region und zur Interpretation ihrer Entwicklung und ihrer Zukunftsperspektiven angeregt. Im Ruhrgebiet selbst wurde die Geschichtsschreibung über die Region bis zum Zweiten Weltkrieg vorrangig von der schmalen bürgerlichen Schicht bestritten und folgte dabei besonders auch der spezifischen Art der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung des Spät-Historismus und berücksichtigte vorrangig die „großen Männer, die die Welt bewegten“. Weitere historische Anstrengungen gingen von gebildeten preußischen Bergbeamten aus, die in oft legitimatorischer Absicht Bergbaugeschichte, Geschichte der technologischen Errungenschaften und ansatzweise auch eine Geschichte der sozialen Verhältnisse im Bergbau mit durchaus kritischer Sicht

auf Liberalisierung des Bergbaus schrieben. Zunehmend geriet diese Geschichtsschreibung aber unter den Einfluß der Zechenherren, ihrer Verbände und derjenigen, die deren Sichtweisen teilten. Die um die Jahrhundertwende aufkommende bürgerliche Heimatbewegung fand sich vorwiegend bzw. stärker in den älteren Städten des Ruhrgebiets, also besonders den Hellwegstädten. Im Kontext der Heimatgeschichtsschreibung entstanden die ersten Stadtgeschichten, die sich ausführlich der vorindustriellen Zeit widmeten, aber auch bis zur Gegenwart vordrangen (Tenfelde 1996, 245 f.; Schulte 1973).

Im Rahmen der seit den späten 1960er Jahren aufkommenden verstärkten Befassung mit dem Thema Regionalität und im Ruhrgebiet auch der verstärkten Beschäftigung mit der eigenen Geschichte wurde in der Region begonnen, sich ein eigenes regionales Selbstverständnis zu erarbeiten. Seit spätestens Mitte der 1970er Jahre bis in die Gegenwart hat die Erforschung des Ruhrgebiets und eine entsprechende Ruhrgebietsliteratur Konjunktur (Goch 1994). Auch wenn die eher wissenschaftliche Fachliteratur zur Ruhrgebietsgeschichte noch begrenzt ist, so entfaltet diese über popularisierte und z. T. auch nostalgisch-heimattümelnde Publikationen eine erhebliche Breitenwirkung, womit auf die Funktion der Geschichte „als genuines Element jeder räumlichen und psychischen ‚Verortung‘ von Menschen“ verwiesen ist (Briesen/Gans/Flender 1994, 2).

Seit den 1970er Jahren wurde dann auch im traditionell in dieser Beziehung schnellebigen und traditionsvergessenen Ruhrgebiet der Wert der materialen und baulichen Überlieferung der Industriegeschichte des Ruhrgebiets erkannt. Nach dem 1975 gegründeten Hagener „Museum technischer Kulturdenkmale“ werden seit 1979 mit dem Rheinischen und dem Westfälischen Industriemuseum verschiedene charakteristische Industriedenkmäler (nicht nur im engeren Ruhrgebiet) erhalten und in ihrer ursprünglichen Umgebung und Funktion präsentiert. Auch der Kampf um die Erhaltung von Werksiedlungen und schließlich auch einer Reihe weiterer historischer Gebäude gehört in diesen Zusammenhang. Bis in die Gegenwart werden als sinnstiftende Elemente des Identitätsgefühls der Ruhrgebietsbevölkerung und Ausdruck ihrer regionalen politischen Kultur bauliche Zeugnisse der Ruhrgebietsgeschichte mit z. T. hohem Aufwand erhalten. Im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (seit 1989) wurden vielerorts restaurierte Industriedenkmale nicht nur für museale Nutzung zur Verfügung gestellt, sondern auch neuen Nutzungsmöglichkeiten zugeführt und verkörpern und symbolisieren seither als meist weithin sichtbare Landmarken altes und neues Revier und den permanenten Wandel als ein Strukturelement der regionalen politischen Kultur.

Schluß

Das Ruhrgebiet entstand in einem rasenten, von der Montanindustrie geprägten Industrialisierungsprozeß, überwiegend „auf der grünen Wiese“ und ohne größere Rücksicht auf ältere Siedlungen. Lange war diese Montangegend in der eigenen Wahrnehmung keine Region mit einem regionalen Selbstbild. Von außen wurde ihr aber bald wegen ihrer

großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine Identität zugeschrieben, die bis in die Gegenwart fortwirkt. Erst mit der besonderen Bedeutung im Wiederaufbau nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dann in der Jahrzehnte dauernden Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel, der gleichzeitig das Verschwinden der montanindustriellen Spezifik mit sich brachte, entwickelten die Menschen und die verschiedenen Akteure in der Region Denk- und Verhaltensweisen, in denen sich die besonderen Erfahrungen in der regionalen Gesellschaft widerspiegeln. In der Wahrnehmung entstanden nun Bild und Selbstbild der Region „Ruhrgebiet“. Dabei ist davon auszugehen, daß im Ruhrgebiet nicht ein einziges einheitliches Bild von der Region existiert: die neuen akademisch ausgebildeten Mittelschichten, die verbliebenen Bergarbeiter, die verschiedenen Zuwanderergruppen und -generationen haben hier sicher nicht die gleiche Vorstellung. Auch ist das Ruhrgebiet eine in sich differenzierte Region, bei der auch die Identifikation mit der Region von einem Kern in den Hellweg- und Emscherstädten abnimmt. Wie das Ruhrgebiet heute keine monostrukturell geprägte, sondern vielfältig differenzierte Region ist, so ist auch das Selbstbewußtsein dieser Region vielfältig und jenseits der Erfahrung des Wandels schwer auf einen Nenner zu bringen.

Literatur

- Alemann, Ulrich von, Rolf G. Heinze, Josef Schmid 1998: Parteien im Prozeß der Modernisierung. Auf der Suche nach einem realistischen Bild der Partei. In: Ernst-Martin Walsken, Ulrich Wehrhöfer (Hg.): Mitgliederpartei im Wandel. Veränderungen am Beispiel der NRW-SPD. Münster. S. 1-13.
- Benedict, Andreas 2000: 80 Jahre im Dienste des Ruhrgebiets. SVR und KVR im historischen Überblick 1920-2000. Essen.
- Blotevogel, Hans Heinrich 1993: Vom Kohlenrevier zur Region? Anfänge regionaler Identitätsbildung im Ruhrgebiet. In: Heiner Dürr, Jürgen Gramke (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.-9. Oktober 1993. Paderborn (= Bochumer Geographische Arbeiten, Heft 58). S. 47-52.
- Blotevogel, Hans Heinrich 1999: Ist das Ruhrgebiet eine Region? Duisburg (= Gerhard-Mercator-Universität-GH Duisburg, Institut für Geographie, Diskussionspapier 3/1999).
- Blotevogel, Hans-Heinrich, Bernhard Butzin, Rainer Danielzyk 1988: Historische Entwicklung und Regionalbewußtsein im Ruhrgebiet. In: Geographische Rundschau 40, H. 7-8. S. 8-13.
- Briesen, Detlef, Rüdiger Gans, Armin Flender 1994: Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland-Siegerland-Ruhrgebiet. Bochum.
- Brunn, Gerhard 1996: Einleitung. In: Gerhard Brunn (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden. S. 9-24.

- Esser, Josef, Wolfgang Fach, Werner Väth 1983: Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge. Frankfurt a. M.
- Faulenbach, Bernd 1989: Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet. In: Helmut Martens, Gerd Peter (Hg.): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung. Wiesbaden. S. 216-228.
- Faulenbach, Bernd 1996: Merkmale und Entwicklungslinien der politischen Kultur des Ruhrgebiets. In: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996. Essen (= Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte. Beiträge, Bd. 7). S. 365-377.
- Goch, Stefan 1994: Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht. In: Archiv für Sozialgeschichte 34. S. 441-475.
- Goch, Stefan 1996: Politik zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Ein Überblick. In: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996. Essen (= Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte. Beiträge, Bd. 7). S. 380-426.
- Goch, Stefan 1999: Strukturwandel im Ruhrgebiet. Eine Erfolgsgeschichte? In: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, H. 22. S. 159-190.
- Goch, Stefan 2000: Strukturpolitik als Lernprozeß. In: Karsten Rudolph u. a. (Hg.): Reform an Rhein und Ruhr. Nordrhein-Westfalens Weg ins 21. Jahrhundert. Bonn. S. 26-35.
- Heinze, Rolf G., Helmut Voelzkow, Josef Hilbert 1992: Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven. Opladen.
- Hoffacker, Heinz-Wilhelm 1989: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933. Essen.
- Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.) 1992: Lebensraum Ruhrgebiet. Räumliche Vorstellungsbilder im und über das Ruhrgebiet. Essen.
- Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.), Bearbeiter: Uwe Andersen 1994: Das Image des Ruhrgebiets im Spiegel von Meinungsumfragen. Ergebnisse der Image-Analyse 1993 im zeitlichen Vergleich. Bochum.
- Kommunalverband Ruhrgebiet 1993: Das Image des Ruhrgebiets in Europa. Ergebnisse einer europaweiten Imageuntersuchung. Essen.
- Korte, Hermann 1990: Die Entfaltung der Infrastruktur. In: Wolfgang Köllmann u. a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung. Bd. 1. Düsseldorf. S. 582-589.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWMT) 1989: Bericht der Kommission Montanregionen des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Niethammer, Lutz 1979: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Commu-

- nalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf, oder: Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung. Frankfurt a.M.
- Niethammer, Lutz 1986: „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre. In: Gerhard Brunn(Hg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46. Essen. S. 175-206.
- Petz, Ursula von 1995: Vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk zum Kommunalverband Ruhrgebiet. 75 Jahre Landesplanung und Regionalpolitik im Revier. In: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Kommunalverband Ruhrgebiet. Wege. Spuren. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Essen. S. 7-68.
- Petzina, Dietmar 1988: The Ruhr Area: Historical Development. In: Joachim Jens Hesse (Hg.): Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich. Baden-Baden. S. 467-510.
- Petzina, Dietmar 1992: Zwischen Neuordnung und Krise. Zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Ottfried Dascher, Christian Kleinschmidt (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Dortmund. S. 525-544
- Petzina, Dietmar 1993: Die Erfahrung des Schmelzriegels. Zur Sozialgeschichte des Ruhrgebiets. In: Heiner Dürr, Jürgen Gramke (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.-9. Oktober 1993. Paderborn (= Bochumer Geographische Arbeiten, Heft 58). S. 41-46.
- Plumpe, Werner 1990: Das „Arbeitshaus“ des neuen Staates?: Die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die Bundesrepublik zwischen 1946 und 1955. In: Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Der schwierige Weg zur Demokratie. Die Bundesrepublik vor 40 Jahren. Düsseldorf. S. 251-263.
- Rommelspacher, Thomas 1982: Staat, Montankapital und Ruhrgebiet. Zur Soziologie des raumrelevanten Staatshandelns für das Ruhrgebiet. In: Katalyse-Technikergruppe: Ruhrgebiet – Krise als Konzept. Untersuchungen zur Situation und Zukunft eines industriellen Lebensraums. Bochum. S. 11-53.
- Schulte, Wilhelm 1973: Der Westfälische Heimatbund und seine Vorläufer. Münster. 2 Bde.
- Spethmann, Hans 1995: Das Ruhrgebiet. Essen. 2 Bde. (Nachdruck der Originalausgabe 1933-1938)
- Tenfelde, Klaus 1996: Geschichtskultur im Ruhrgebiet. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 47. S. 240-253.
- Tenfelde, Klaus 1997: Das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen. Das Land und die Industrieregion im Strukturwandel der Nachkriegszeit. in: Jan-Pieter Barbian, Ludger Heid (Hg.): Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946-1996. Essen. S. 24-40.